

Samstag, 19. November 2022

1. Eröffnung und Konstituierung

Das Präsidium informierte, dass Nadia Zitouni nicht mehr in der BGST arbeitet; der BA dankte ihr für die immer kompetente, vertrauensvolle und hilfsbereite Zusammenarbeit. Zukünftig werden Antje Schiwatschew und Christina Beck aus der BGST den Bundesausschuss begleiten und betreuen. Zu erreichen sind sie unter bundesausschuss@die-linke.de

Die **Beschlussfähigkeit des Bundesausschusses wurde festgestellt**. Die Anmeldung zu diesem Zeitpunkt lag bei 41 Anwesenden. Die Tagesordnung wurde am 19. Oktober verschickt.

Folgende Änderungen in der Zusammensetzung des Bundesausschusses teilte das Präsidium mit:
Neue Mitglieder im Bundesausschuss

Hessen

Mitglieder: Magdalena Depta-Wollenhaupt, Desiree Becker, Tim Dreyer, Hermann Schaus
Ersatzmitglieder: Petra Elser, Sylvia Kornmann, Adrian Beilke-Ramos, Bernd Theodor Steioff

Berlin: Björn Thielebein

Saarland: Ute Cordes, Thomas Lutze

Sachsen: Steffi Brachtel

Schleswig-Holstein:

Mitglied: Nicolas Jähring

Ersatzmitglied: Rainer Beuthel

Rheinland-Pfalz: Marion Morassi nun ständiges Mitglied (vorher Ersatzmitglied)

Nicht mehr Mitglieder des Bundesausschusses sind:

Stefan Karstens, Carina Knapp-Kluge, Sebastian Koch, Edgar Schu, Kerem Schamberger, Kim Mai

Nachgereichte bzw. geänderte Vorlagen für die Tagesordnung:

- Verständigung in der letzten Beratung zu Überweisung von P04, P05, P08 und P12 in die Reformkommission, die Einbringenden von P04, P05 und P08 haben der Überweisung zugestimmt und die Anträge können in die Reformkommission überwiesen werden.
- Die Einbringenden von P12 haben der Überweisung nicht zugestimmt und möchten den Antrag behandeln. Der Antrag wird unter dem Tagesordnungspunkt 4 aufgerufen.
- Für die zu behandelnden überwiesenen Anträge im November G07 und P09 wurden die Einreichenden für die Einbringung angefragt und es gab keine Rückmeldung. Es wird durch das Präsidium die Vertagung auf die nächste Beratung des Bundesausschusses vorgeschlagen.
- Die Einreichenden des überwiesenen Antrages G.10 werden den Antrag einbringen und der Antrag kann unter TOP 4 behandelt werden.
- P.11 die Antragstellenden haben sich einverstanden erklärt, dass ihr Antrag sich mit den eingerichteten Maßnahmen um P.13 erledigt hat. Der Antrag wird von der Tagesordnung genommen.
- Der Antrag L04 wurde bereits in der letzten Beratung abgestimmt und kann von der Tagesordnung genommen werden.
- Der Antrag 025 wurde in der letzten Beratung vertagt und wird unter dem TOP 5 weitere Anträge behandelt.

- Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes „Benennung des Mitgliedes des Bundesausschusses in der Reformkommission“ unter TOP 5 weitere Anträge
- Es wurde ein GO-Antrag auf Abbruch der Debatte gestellt. Dieser wurde mehrheitlich angenommen
- Der Tagesordnung wurde mit den vorliegenden Änderungen mehrheitlich zugestimmt.
- Dem Protokoll der Sitzung vom 17. Und 18. September 2022 wurde mehrheitlich zugestimmt.
- Es gab einen GO-Antrag zur Festsetzung der Redezeit für Berichte auf sieben Minuten: Diesem wurde mit 23/18/4 zugestimmt.

2. Aktuelle Politik und Lage der Partei

a) Berichte

Bericht eines/r Vertreter/in aus dem Parteivorstand

Den Bericht des Parteivorstandes stellte Daphne Weber aus dem Geschäftsführenden Parteivorstand vor:

- Heißer Herbst: Auswertung und Ausblick kurze Vorstellung der Umfrage, Zahlen zu Material und Beteiligung Präsenz bei Demonstrationen (solidarischer Herbst) und Kampagnen (Verbindung mit Arbeitskämpfen) DIE LINKE hilft. stärken, heißen Herbst weiterentwickeln und verstetigen über direkte Kontakte und Hilfen.
- Bürgergeld: Gemeinsame Erklärung von Janine Wissler und Martin Schirdwan, Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali, Simone Oldenburg, Katja Kipping, Kristina Voigt und Bodo Ramelow: unsere Kritik am Bürgergeld und Kampagne der Union, die gemeinsame Stellungnahme wurde hervorgehoben als Beispiel gelungener gemeinsamer Arbeit und Kommunikation.
- Europawahl + Wahlen: Zeitleiste und Strategieaufschlag der Vorsitzenden konkrete Kämpfe, an Krisen und Herausforderungen diskutieren, EU als Kampffeld, Zuspitzen und gegnerorientiert kommunizieren. Mögliche Themenfelder (Arbeit, Klima+Energie, Frieden, Steuergerechtigkeit, Miete) Wahlkampfstruktur, Verbindung mit Kommunalwahlen Landtagswahlen als Kollektivaufgabe. Geworben für WK Unterstützung Berlin, Bremen, Hessen, Bayern Menschen treten auch wieder ein, wenn wir wieder zusammen gewinnen.
- Aktuelle Beschlüsse PV

Antworten auf Nachfragen:

- Frieden > Brüssel-Peking-Format. Eingestanden, dass der PV an dieser Stelle mehr tun muss, damit die Partei in den Medien wieder vorkommt und damit es trägt.
- Die Positionenvielfalt in der Partei muss wieder zusammengebracht werden und die hohen Mitgliederverluste und die Vielstimmigkeit muss auflöst werden, damit man weiß, wofür DIE LINKE steht. Es steht vor uns wieder Wahlen zu gewinnen.
- Sexismus > Beschlüsse aus der letzten Parteivorstandssitzung wurden dargestellt und dafür geworben, es intern in der Partei zu klären und Kulturwandel zu organisieren.

Bericht eines/r Vertreter/in aus der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

- Es gibt eine verbesserte Zusammenarbeit der Fraktion mit dem PV.
- Es ist ein leicht verbessertes Durchdringen mit politischen Inhalten zu verzeichnen.
- Die politische Schwerpunktsetzung ist noch ausbaufähig und in Anbetracht der reduzierten Zahl der Abgeordneten umso notwendiger.

Der Bericht des Jugendverbands linksjugend solid entfiel.

Bericht des Bundesausschusspräsidiums

- Der Bericht des Präsidiums des Bundesausschusses lag schriftlich vor:

In der Auswertung der letzten BA-Sitzung mussten wir selbstkritisch feststellen, dass wir es versäumt hatten, uns noch einmal genau mit der Wahlkommission abzusprechen: Wahlordnung, Wahlverfahren, Ablauf usw. Das hat leider zu sehr unprofessionellen Abläufen geführt, die so – mit einer besseren Vorbereitung – zukünftig vermieden werden.

Das BA-Präsidium hat an jeder PV-Sitzung in wechselnder Besetzung teilgenommen. Für die Erarbeitung des EU-Wahlprogramms kennt der PV unseren Plan, uns nicht nur zu den Personalentscheidungen zu verhalten, sondern uns auch in die Wahlprogrammdebatte einzubringen. Dazu machen wir in der Novembersitzung den ersten Aufschlag. Nach Auswertung der EU-Debatte vom November wird das Präsidium einen Vorschlag zur weiteren inhaltlichen Debatte EU-Wahlprogramm machen.

Der PV hat die Erweiterung der Parteireformkommission zugesagt, so dass wir in der Novembersitzung eine Vertretung benennen können. In diesem Zusammenhang schlägt das Präsidium vor, dass der BA sich in der auf den November-Termin folgenden Sitzung mit den Vorschlägen zur Neustrukturierung des BA inhaltlich befasst.

Der Ältestenrat hat sich in der Zwischenzeit konstituiert. Das Präsidium hat mit dem ÄR Kontakt aufgenommen. Ulrich Maurer als derzeit einziger Sprecher des ÄR wird an der November-Sitzung teilnehmen. Zur weiteren Zusammenarbeit zwischen ÄR und BA wird sich der ÄR noch verständigen, wenn er seine Arbeit inhaltlich aufnimmt.

Der Bericht des Ältestenrates entfiel.

b+c) Debatte über Lage der Partei (u.a. Landtagswahl Niedersachsen und Kampagne „Heißer Herbst)

Bericht Niedersachsen Wahlkampf: Torben Peters stellte die Wahlauswertung mit Verweis auf die Wahlauswertung des Landesvorstandes Niedersachsen vor. **[Wahlauswertung in der Cloud]**

- Wahlergebnis LINKE reiht sich in Reihe von Niederlagen ein
- Krise der Demokratie, zunehmende Stärke der Rechten
- Dank für Unterstützung aus anderen LV
- destruktive Debattenkultur in der Partei
- wachsende gesellschaftliche Herausforderungen -> es braucht DIE LINKE
- aber der Landesverband sucht die Ursachen nicht nur dort, sondern auch in der eigenen Landespartei, die sich nicht flächendeckend Gehör verschaffen kann

Für den Tagesordnungspunkt Debatte über die Lage der Partei gab es den GO-Antrag Gästen Rederecht zu erteilen. Das wurde mehrheitlich beschlossen.

Es folgte eine Diskussion.

- Friedenspolitische Positionen
- soziale Frage mit Friedensfrage zusammenbringen
- Neuwahlen Berlin, Wahlkampfunterstützung
- Bitte, neues Kampagnenmaterial zur Winterzeit zur Verfügung zu stellen
- Diskussionen nicht öffentlich, sondern in den Gremien führen

3. Vorbereitung Europawahl 2024: Programmatisc

In den Arbeitsgruppen berichteten die BA-Mitglieder aus den Landesverbänden und Zusammenschlüssen und diskutierten gemeinsam eine Clusterung der Positionen.

In einigen LV fanden zuvor Diskussionsveranstaltungen zu den Europawahlen statt.

- unterschiedliche Austauschformate, nicht in allen LV, Zusammenschlüssen hat Verständigung stattgefunden

Aus den Berichten der Arbeitsgruppen: **[siehe auch Fotoprotokoll im Anhang]**

- Verbindung Europa- und Kommunalwahlen, Verknüpfung EU mit Kommune
- ländlicher Raum
- Sichtbarkeit der Europäischen Linken auf Landes- und Kreisebene stärken
- Arbeit der EP-Fraktion stärker in die Öffentlichkeit bringen
- transnationale Kämpfe, Kampagnen auf europäischer Ebene
- internationalistisches Profil
- klare inhaltliche Positionierung, EU als Handlungsrahmen, wie wollen wir Europa verändern
- Konzentration auf bestimmte inhaltliche Schwerpunkte
- Auswertungen der Europawahlen 2019 nutzen (u.a. Ergebnisse Haustürgespräche)
- transnationale Organisation und Vernetzung
- Es wurde festgestellt, dass in den Landesverbänden zu wenig diskutiert wird, hier sollen mehr Angebote und Räume für die gemeinsame Debatte geschaffen werden. Berichte aus dem Bundesausschuss können dabei einen Beitrag leisten.

Stand der Vorbereitungen zur Europawahl beim Parteivorstand

Tobias Bank (Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter) stellte den Beschluss des Parteivorstandes zum Herangehen an die Europawahl, die inhaltlichen Ausrichtungen und den Stand der weiteren Planungen für die Europawahl vor.

Themen waren:

- Wahlkampfstruktur in der Bundesgeschäftsstelle
- Schwerpunkte der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle
- Verbindung mit Landtags- und Kommunalwahlen, Wahlkampfunterstützung in den Ländern
- operative Fragestellungen
- Wahlprogrammprozess
- Themenfelder

- Konstituierung des Bundeswahlbüros

Themen der anschließenden Diskussion waren u.a.:

- Einbeziehung des Bundesausschusses und der Zusammenschlüsse
- Bildungsmaterial zur EU
- Europa/EU als Handlungsfeld
- EU-Verträge

Aufschlag zur inhaltlichen Ausrichtung

Martin Schirdewan nahm Bezug auf die bisherige Diskussion und stellte die Überlegungen zur inhaltlichen Ausrichtung und kommunikativen Rahmung unseres Europawahlkampfes 2024 vor (Papier der Vorsitzenden „Für eine starke Linke in Europa - für ein linkes Europa“ - ist in der Cloud).

Themen waren:

- gesellschaftliche Ausgangslage
- Bedeutung der Europawahlen für DIE LINKE
- Partei der Europäischen Linken (EL), EL-Kongress im Dezember 2022
- Rolle der deutschen LINKEN in Europa, im EP, in der EL
- Notwendigkeit strategischer Klärungen, Betonung von Gemeinsamkeiten
- wahrnehmbare europäische Debatten führen, Wahlkampf auf europäischer Ebene
- Verbindung mit Kommunalwahlen: Kongruenz der Kernbotschaften
- Reduzierte Schwerpunktsetzung
- Bildungsarbeit
- Themen mit Klassenperspektive verbinden
- überzeugende Konflikterzählung entwickeln
- drei zentrale Kommunikationslinien: unteilbar, konfliktbereit und gegnerorientiert, auf der Höhe der Zeit (positive Perspektive für Europa)

Berichte zum Stand der Vorbereitung zur Europawahl in der EL und im EP

Judith Benda berichtete aus der Europäischen Linken und verwies auf den bereits vorgelegten Rechenschaftsbericht.

[Der Rechenschaftsbericht ist in der Cloud zu finden.]

Themen waren u.a.:

- Verantwortung der deutschen Linken in der europäischen Linken und in der EL
- der bevorstehende EL-Kongress im Dezember und das politische Dokument zum Kongress
- Bildungsarbeit, Veranstaltungen für die EL
- Überlegungen zur Wahlplattform der EL

Es folgte eine Diskussion.

18.30 Uhr Ende der Beratung, im Anschluss tagten die AG Zusammenwachsen und die AG Ältestenrat

Sonntag, 20. November 2022

4. Überwiesene Anträge

- **L05: Konkrete Zukunftskonzepte für eine sozialistische Gesellschaft entwickeln,** wurde eingebracht durch Hans-Dieter Sill. Es folgte auf Antrag eine Debatte zum Antrag.
Abstimmung:
 - Ziffer 1 mehrheitlich angenommen
 - Ziffer 2 mehrheitlich abgelehnt
 - Ziffer 3 erledigt, da Bezug auf Ziffer 2**[Geänderte Fassung in der Cloud]**
- **P.12 Zusammenarbeit von Parteivorstand und Bundesarbeitsgruppen**
Der Antrag wurde durch Didem Aydurmus von der Ökologischen Plattform vorgenommen.
Es wurde ein GO-Antrag auf Vertagung gestellt, bis geklärt ist, ob vom Parteitag überwiesene Anträge an den Bundesausschuss per Beschluss durch den Bundesausschuss an den Parteivorstand überwiesen werden können. Dem GO-Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.
- **G.10 Solidarische linke Regionalpolitik durch Investitionslenkung**
Die Einbringung wurde durch Wolfgang Kämmerer von der Ökologische Plattform vorgenommen.
Der Antrag G.10 wurde mehrheitlich beschlossen.
- **Dem (GO-)Antrag G.06 wieder auf die Tagesordnung zu setzen wurde mehrheitlich zugestimmt.**
Ein Änderungsvorschlag, im letzten Absatz vor parlamentarisch einfügen „in den Bundesländern“ wurde durch die Antragstellenden übernommen.
Der Antrag G.06 wurde mit der Änderung einstimmig beschlossen.

5. Verabschiedung aktueller Erklärungen/ weitere Anträge

- b) „Benennung des Mitgliedes des Bundesausschusses in der Reformkommission“
- Vorschlag des Präsidiums: Barbara Borchardt
 - Weitere Bewerbung: Annika Schmidt
 - **Frage an die Kandidierenden:** Stimmt ihr zu, dass sich dabei um ein imperatives Mandat handelt, also der Bundesausschuss bestimmt, was in der Reformkommission vertreten wird. Beide Kandidierenden haben dem zugestimmt.
- Es wurde die geheime Abstimmung beantragt und mehrheitlich zugestimmt.**
Ergebnis: An der Abstimmung haben 52 Bundesausschussmitglieder teilgenommen. 51 Zettel waren gültig.
Für Barbara Borchardt haben 22 Mitglieder gestimmt.
Für Annika Schmidt haben 19 Mitglieder gestimmt.
11 Mitglieder haben sich enthalten.
Damit vertritt Barbara Borchardt den Bundesausschuss in der Reformkommission mit einem imperativen Mandat.

c) Vorlage **2022/017 Änderung Sitzungsplan 2023**

Der Streichung des Novembertermins 2023 wurde zugestimmt. Einen Terminvorschlag für das 4. Quartal legt das Präsidium des Bundesausschusses in der Sitzung im März 2023 vor.

- d) Der Antrag 025 Arbeitsgruppe in Umsetzung des Parteitagsbeschlusses zu Volksentscheiden wurde durch Rolf Schümer eingebracht. Der Antrag 025 wurde mehrheitlich abgelehnt.
- e) **Der Dringlichkeitsantrag 029 „Verurteilung der Angriffe durch die Türkei auf die Kurd*innen“** wurde mehrheitlich als dringlich angenommen und durch Daphne Weber eingebracht. Der Antrag wurde mehrheitlich mit einigen Änderungen redaktionellen Änderungen und der Aufnahme des Stopps von Waffenlieferungen beschlossen. [geänderter Beschluss in der Cloud]

6. Information/Verschiedenes

- Aufruf Demonstrationen mit Rollatoren für gute Renten zu organisieren
- Auf die Frage, wie jetzt mit den Ergebnissen aus der Europadebatte umgegangen wird, wurde vom Präsidium zugesagt, dass die Ergebnisse ausgewertet werden und das Präsidium dem BA einen Vorschlag macht, wie wir weiter beraten könnten. Vor allem sollten die BA-Mitglieder in ihren Landesverbänden die Ergebnisse dieser Sitzung diskutieren und in der nächsten BA-Sitzung berichten, wie in den Landesverbänden und Zusammenschlüssen weiter am Europathema gearbeitet wird. Die Ergebnisse werden an den Parteivorstand übermittelt.

ca. 14.00 Uhr Ende der Beratung

21. November 2022

F. d. R.: Antje Schiwatschew

Präsidium des Bundesausschusses:

Gunhild Böth (BAG Bildung)

Mandy Eißing (Thüringen)

Cornelia Swillus-Knöchel (NRW)

Martin Günther (Brandenburg)

Lars Hilbig (FDS)

Alexander Kauz (Baden-Württemberg)

Anlage: Fotokoll der Europa-Debatte in den Workshops:





